

N i e d e r s c h r i f t

UAJ/016/2013

**über die öffentliche Sitzung des Unterausschusses
"Jugendhilfeplanung, Jugendarbeit und
Kindertageseinrichtungen" der Stadt Rheine
am 23.09.2013**

Die heutige Sitzung des Unterausschusses "Jugendhilfeplanung, Jugendarbeit und Kindertageseinrichtungen" der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:05 Uhr im Familienbildungsstätte Rheine, Mühlenstr. 29, 48431 Rheine.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Gabriele Leskow	SPD	Ratsmitglied / Vorsitzende
----------------------	-----	----------------------------

Mitglieder:

Herr Martin Beckmann	CDU	Ratsmitglied / 1. Stellv. Vorsitzender
Herr Norbert Dörnhoff	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Johannes Lammers	CDU	Sachkundiger Bürger

beratende Mitglieder:

Herr Hendrik Börger	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundiger Bürger
Frau Bärbel Tiekötter		Sachkundige Einwohnerin f. Familienbeirat

Vertreter:

Herr Matthias Werth	Vertretung für Herrn Carsten Timpe
---------------------	------------------------------------

Gäste:

Herr Hans-Georg Hüske	Stadtjugendring
Frau Jana Bachmann	Stadtjugendring
Frau D. Amling	Familienbildungsstätte
Frau Eva Schneider	Jugendzentrum Jakobi

Verwaltung:

Herr Raimund Gausmann

Frau Medina Atalan

Herr Wolfgang Neumann

Fachbereichsleiter FB 2

Jugendhilfe- und Sozialplanerin

Schriftführer

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr Dennis Afting-Bühmann FDP

Frau Sylvia Egelkamp

Sachkundiger Bürger

Ausschussmitglied f.
Jugendwohlfahrtsverbände

Herr Tim Köhler SPD

Herr Carsten Timpe

Sachkundiger Bürger

Ausschussmitglied f.
Jugendverbände

beratende Mitglieder:

Frau Sara Neto Alves

Sachkundige Einwohnerin f. Integrationsrat

Öffentlicher Teil:

- 1. Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Unterausschusses am 8. Juli 2013**
- 2. Bericht der Verwaltung**
- 3. Vorstellung der Familienbildungsstätte Rheine**
- 4. Richtlinien zur Förderung freier, gemeinnütziger Träger der Jugendarbeit**
- 5. Einwohnerfragestunde (spätestens um 19:00 Uhr)**
- 6. Verschiedenes**

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Frau Paege, die Leiterin der Familienbildungsstätte Ausschussmitglieder und Gäste in ihrer Einrichtung.

Frau Leskow eröffnet die Sitzung um 17:05 Uhr.

Die Tagesordnung wird abweichend von der Einladung wie folgt beraten:

Öffentlicher Teil:

1. Vorstellung der Familienbildungsstätte Rheine

Frau Paege gibt zunächst einige Informationen aus der Statistik 2012.

Im Jahr 2012 hätten rund 1.000 Kurse stattgefunden mit insgesamt mehr als 12.000 beim Land abrechnungsfähigen Unterrichtsstunden. Hinzu kamen die Angebote für Kinder. Insgesamt 10.884 Besucherinnen und Besucher hätten diese Angebote genutzt. 46 % der Angebote hätten in dieser neuen Einrichtung an der Mühlenstraße stattgefunden, die übrigen in dezentralen Standorten in den Kirchengemeinden.

Zu den regelmäßigen Angeboten gehörten:

Eltern-Kind-Angebote mit einem Zeitumfang von 1,5 Stunden pro Woche.

Betreute Spielgruppen / Loslösegruppen an 2 – 3 Tagen mit maximal 13,5 Stunden.

Außerhalb des Förderumfangs würden derzeit 100 Kinder ab 2 Jahren und 148 Eltern mit Kindern im ersten Lebensjahr. (Pekip)

Schließlich gebe es auch noch das Angebot Babyschwimmen.

Der Eltern-Kind-Bereich liege aktuell bei 3.500 Unterrichtsstunden, 4.800 U-Stunden insgesamt im familienpädagogischen Bereich.

Organisatorisch habe sich durch die zunehmende Berufstätigkeit der Mütter eine Verschiebung der Angebote in den Nachmittagsbereich ergeben. Dem stehe entgegen, dass die Referenten eher im Vormittagsbereich zur Verfügung stünden.

Positiv sei hervorzuheben, dass Eltern aus den Gruppen selbst Netzwerke zur Kinderbetreuung gebildet hätten.

Ab dem 18. Oktober sei die Familienbildungsstätte „Welcome-Standort“. Sie gehöre damit zu insgesamt 240 Einrichtungen in Deutschland, die mit ausgebildeten Ehrenamtlichen Eltern für praktische Hilfe nach der Geburt zur Seite stehen können. Sie sollten den Eltern Hilfsmöglichkeiten (Frühe Hilfen) aufzeigen. Die Ehrenamtlichen würden über den Ehrenamtlichen-Pool der FBS gewonnen, vor allem über die Ansprache der Frauengemeinschaften.

Frau Paege zeigt zu diesem Thema den Film „Welcome“.

Ein weiteres Angebot der FBS sei die Förderung der Pflegekompetenz. Hier würden Einzelpersonen, aber auch interessierte Betriebe beraten. Zum Stichwort „Pflegelotsen“ gebe es inzwischen verstärkt Anfragen aus Betrieben. Diese würden zunehmend über Inhouse-Seminare bedient.

Herr Lammers fragt zum neuen Standort an der Mühlenstraße nach, ob die Infrastruktur (Stichwort Parkplatzmangel) Probleme bereite.

Frau Paege erklärt dazu, dass es von den meisten Besucherinnen und Besuchern keine Einwände gebe, die Zielgruppe Senioren beklage jedoch die Entfernungen zu den nächsten Bushaltestellen entweder am Amtsgericht oder an Hues-Ecke.

Auf Nachfrage führt Frau Paege aus, dass die Nachbarschaft mit dem offenen Treff des Katholischen Jugendwerkes sehr gut funktioniere. Die bisherigen Kooperationsprojekte hätten sich für beide Seiten als bereichernd erwiesen.

Frau Leskow dankt Frau Paege für ihre Ausführungen.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Informationen zur Kenntnis.

2. Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Unterausschusses am 08.07.2013

Gegen Form und Inhalt der Niederschrift keine Bedenken erhoben. Sie gilt somit als genehmigt.

3. Bericht der Verwaltung

Herr Neumann berichtet über den Verlauf des Kinderferienparadieses 2013. Die Angebote wurden wieder so gut wie in den Vorjahren genutzt. Nach erster Einschätzung der beteiligten Vereine wurden auch die Ermäßigungskarten verstärkt in Anspruch genommen. Anfang 2014 werde es wieder ein Auswertungstreffen mit den Vereinen geben. Die Ergebnisse würden dann im Unterausschuss vorgestellt.

4. Richtlinien zur Förderung freier, gemeinnütziger Träger der Jugendarbeit

Herr Neumann weist einleitend auf die vorgeschlagenen wesentlichen neuen Aspekte der Förderrichtlinien hin:

- Die Standards der Juleica-Ausbildung sollen von allen ehrenamtlichen Verantwortlichen eingefordert werden.
- Die Anforderungen des § 72 a zum Thema Kinderschutz sollen bei den betroffenen Förderpositionen als Voraussetzung für Förderung eingeführt werden.
- Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention soll als grundsätzliche Aufgabe auch für die Träger der freien Jugendarbeit benannt werden.
- Die zusätzliche Förderung von Kindern und Jugendlichen, deren Eltern über ein geringes Einkommen verfügen, soll bei allen Freizeiten deutlich verbessert werden.

- Es werde ein Vorschlag zur Neuorientierung der Förderung des internationalen Jugendaustausches, sowie der Förderung innovativer Projektarbeit vorgelegt.

Folgende Details werden erörtert:

Herr Hüske weist darauf hin, dass der Mindestumfang der Juleica-Ausbildung mit 40 Stunden Zeitaufwand für alle Ehrenamtlichen oft nicht erreicht werde. Deshalb sei es in jedem Fall notwendig, diese Anforderung an den Leiter bzw. die Leiterin von Ferienfreizeiten und Kinderferienparadies-Angeboten zu stellen, wie dies in den Richtlinien auch geschehe.

Herr Gausmann erklärt zum Thema Inklusion, dass in den einzelnen Förderpositionen keine Verpflichtungen aufgenommen wurden. Vielmehr gebe es in der Einleitung die Aufforderung, dieses Thema grundsätzlich zu berücksichtigen. Er halte dies zum jetzigen Zeitpunkt für sinnvoll, da es in der Praxis noch viel Zeit in Anspruch nehmen werde, konkrete Umsetzungskonzepte zu entwickeln.

Es wird vorgeschlagen, den Hinweis auf die Nutzung des Teilhabegutscheins bei den entsprechenden Förderpositionen in den Bewilligungsbescheid aufzunehmen.

Herr Werth hält es für notwendig, die Rahmenbedingungen für das erweiterte polizeiliche Führungszeugnis für Ehrenamtliche kreiseinheitlich zu regeln. Herr Neumann zeigt auf, dass hier in Kürze entsprechende Gespräche anstünden. Herr Gausmann nennt in diesem Zusammenhang als Zielvorgabe für den Abschluss der Vereinbarungen mit den Trägern der freien Jugendarbeit das Jahresende 2014. Ab Anfang 2014 würden zu diesem Thema noch Informations- und Schulungen angeboten.

Herr Dörnhoff fragt nach, ob der Fördersatz von 2,50 € als Grundbetrag noch ausreiche. Herr Werth spricht sich in diesem Zusammenhang für eine Erhöhung aus.

Herr Gausmann entgegnet, dass die Verwaltung einen Vorschlag im Rahmen des Budgets vorgelegt habe. Natürlich könne die Politik eine andere Entscheidung treffen. Hintergrund des Vorschlages seien die Gespräche mit den Anbietern der Ferienfreizeiten gewesen, die die Priorität eindeutig bei der zusätzlichen Förderung bedürftiger Familien sahen.

Zum Vorschlag der neuen Förderung von Maßnahmen des internationalen Jugendaustausches ergänzt Herr Gausmann, dass der Antragsteller im Vorjahr mit dem Antrag zunächst das vorläufige Programm einreichen solle. Die Detailberatung solle dann in diesem Unterausschuss erfolgen.

Herr Dörnhoff begrüßt, dass hier endlich wieder ein Signal gesetzt werde. Er halte es sogar für sinnvoll, dass das Jugendamt selbst wieder tätig werde, wenn freie Träger hier nicht aktiv würden.

Herr Gausmann weist auf die bekannte Personalsituation im Bereich Jugendarbeit, Jugendschutz und Partizipation hin, die schon vor mehr als 10 Jahren zur Einstellung der Angebote geführt habe.

Er zeigt aber auch auf, dass es Bewegung in diesem Bereich gebe: Sowohl das Jugendzentrum Jakobi, als auch der Jugend- und Familiendienst würden künftig Jugendaustauschangebote machen.

Beschluss:

Die Richtlinien sollen unter Berücksichtigung der vorgetragenen Anmerkungen dem JHA zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

5. Einwohnerfragestunde

Keine Einwohnerfragen.

6. Verschiedenes

Herr Börger fragt nach, ob es Richtlinien für die Qualität des Essens in Kindertagesstätten gebe. Er weist insbesondere auf mögliche Zusatzstoffe hin.

Her Gausmann zeigt auf, dass es dazu gesetzliche Regelungen gebe, städtische Vorgaben daher nicht erforderlich seien.

Als Termin für die nächste Sitzung wird der 9. Dezember 2013 um 17:00 Uhr im Rathaus vereinbart.

Ende der Sitzung:

19:00 Uhr

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Gabriele Leskow
Ausschussvorsitzende

Wolfgang Neumann
Schriftführer